

Positionspapiere zum Fortschrittsbericht der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aus der Geschlechterperspektive

Demographischer Wandel und Nachhaltigkeit II – Potenziale älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft

Um „die Balance in der Verantwortung zwischen den Generationen zu finden“ (Nachhaltigkeitsstrategie: 250¹) hat sich die Bundesregierung im Rahmen ihres Strategieschwerpunktes „Demographischen Wandel gestalten“ gleich mehrere Ziele gesetzt: *Erstens* eine „kinderfreundliche Gesellschaft“ zu werden, *zweitens* die Frauen-Erwerbstätigkeitsquote zu erhöhen² und *drittens* die Potenziale älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft für eine zukunftsfähige Entwicklung zu nutzen. Ausgehend von der Prognose, dass „aufgrund der Altersstruktur nach 2015 der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung deutlich sinkt“, beabsichtigt die Bundesregierung, „eine angemessene Beteiligung älterer Menschen am Erwerbsleben, ihre Möglichkeit für Bildung und Qualifikation, ihre Chancen zur autonomen Lebensgestaltung zu entwickeln“ (NHS: 251).

1. Ist das Ziel aus Geschlechterperspektive stimmig?

In Zeiten, in denen die „Alterung der Gesellschaft“ als Bedrohungsszenario durch Politik und Medien geistert und „ältere Menschen“ immer häufiger als „Last“, ja sogar als „Gefahr“ bezeichnet werden, ist es auch aus Geschlechterperspektive positiv zu bewerten, dass die Bundesregierung dem Belastungsdiskurs ein Leitbild entgegenstellen will, welches das Altern der Bevölkerung als Chance begreift und die Teilhabe älterer Menschen an der Gestaltung von Leben und Arbeiten als wichtigen Baustein für eine nachhaltige Entwicklung herausstellt.

Ein genauer Blick auf den neuen Generationenvertrag und das angestrebte „Potenzialmodell“, das das „Defizitmodell des Alters“ (KP: 4) ersetzen soll, offenbart jedoch immanente Widersprüche und geschlechterpolitische Schieflagen. Nur vermeintlich bieten die Maßnahmen zur Gestaltung des demographischen Wandels allen Beteiligten eine win-win-Situation.

Sowohl im Strategie- als auch im Konsultationspapier dominieren Kategorien der Marktökonomie wie Effizienz und Verwertbarkeit als Mittel zur Bewältigung des demographischen Wandels. Insbesondere der Duktus des Konsultationspapiers mit einigen aufschlussreichen „müssen“-Formulierungen offenbart den utilitaristischen Blick auf die Potenziale älterer Menschen. Auch in der Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie geht es nicht in erster Linie um Ältere als Akteursgruppe und um die Stärkung ihrer Teilhabe, sondern nach wie vor um die „Ausschöpfung der Beschäftigungspotenziale“ (NHS: 253).

¹ Die Seitenangaben beziehen sich auf die pdf-Version der Nachhaltigkeitsstrategie (NHS) bzw. auf die pdf-Version des Konsultationspapiers (KP).

² Das Positionspapier „Demographischen Wandel und Nachhaltigkeit I“ setzt sich mit diesen ersten beiden Zielvorgaben der NHS auseinander.

Hinter der angestrebten verlängerten Verfügbarkeit für Arbeitsmarkt und `Ehrenamt´ – u.a. durch den Aufschub des Rentenzugangs sowie durch einen Wechsel in neue „altersgerechte“ Tätigkeiten – geraten andere Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie wie selbstbestimmtes Leben im Alter für Frauen und Männer, die „Wertschätzung von Erfahrungswissen“ und „gemeinsames Lernen der Generationen“ leicht zu dekorativer Rhetorik. Die Analyse der Empfehlungen zur Bewältigung des demographischen Wandels macht deutlich, dass sich die Bundesregierung beim Umbau der sozialen Sicherungssysteme fast ausschließlich an ökonomischen Kategorien orientiert und dem Wachstumsparadigma verhaftet bleibt.

2. Was ist die Position aus Geschlechterperspektive?

Die Nachhaltigkeitsstrategie blendet den Bereich der Versorgungsökonomie und ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Reichtumsproduktion nahezu vollständig aus. Wie selbstverständlich orientieren sich auch im Kapitel zum demographischen Wandel sowohl die Beschreibung der Ausgangslage als auch die Suche nach Lösungen an der `männlichen´ Normal-Erwerbs-biographie. Dabei war der hier unterstellte Lebenslauf bestehend aus Ausbildung, Erwerbsarbeit und `Ruhestand´ schon immer nur für Männer die Regel und wird dies in Zukunft für immer weniger Menschen sein. Vor allem Frauen sind schon lange mit dem Problem konfrontiert, dass arbeits- und reformpolitische Konzepte die Zusammenhänge von „Arbeit und Leben“ weitgehend ignorieren. *Sorgearbeiten* zur Lebenserhaltung und -gestaltung erhalten zu geringe Unterstützung. Menschen, deren Biographien eine Mischung von Erwerbsarbeit und „lebensphasenspezifischen Aufgaben“ beinhalten, werden benachteiligt – was sich u.a. in ihren geringen Renten niederschlägt. Diese Realität, aber auch die Erfahrungen von Frauen mit „flexiblen“ Lebensmustern, sollten bei der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt werden.

- **Wider die Dominanz der Erwerbsökonomie**

Die konkrete Vision des Konsultationspapiers, „Potenziale älterer Menschen“ zu nutzen, konzentriert sich auf die Handlungsfelder „Arbeitswelt“ (z.B. potenzialgerechte Arbeitsplatzgestaltung) und „Bildung“ (lebenslanges Lernen für nicht- oder nachberufliches bürgerschaftliches Engagement) sowie auf die *Schnittmenge dieser beiden Felder* (berufliche Weiterbildung). Damit gibt auch das Konsultationspapier die Orientierung an der (männlichen) Erwerbsarbeitsbiographie nicht auf und kombiniert diese mit berufsbezogener/ berufsnaher `ehrenamtlicher´ Arbeit nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben.

Dieses enge Arbeits- und Ökonomieverständnis fordert aus Geschlechterperspektive in mehrfacher Hinsicht zum Widerspruch heraus: *Erstens* werden mit der Ausblendung der Versorgungsökonomie die Lebensrealitäten der meisten Frauen (aber auch einiger Männer) ignoriert. *Zweitens* wird deutlich, dass die Nachhaltigkeitsstrategie bisher der Tatsache, dass die Sorgearbeiten gemeinsam mit der Produktivität der ökologischen Natur die Grundlagen allen ökonomischen Handelns bilden, nicht (genügend) Rechnung trägt. Sie bietet damit auch keine Antworten auf die von feministischer Seite problematisierte „Krise der Reproduktionsarbeit“ (vgl. Spitzner 1999). Statt kooperativer und integrativer Betrachtung der verschiedenen Arbeitsformen wird ihre Hierarchie festgeschrieben – mit der Verleugnung der (re)produktiven Arbeiten geht gleichzeitig eine Abwertung der vorwiegend von Frauen geleisteten Sorgearbeiten einher. *Drittens* wird nicht thematisiert, wie sich die qualitativen und emanzipatorischen Aspekte von Erwerbsarbeit unterstützen ließen, während gleichzeitig „lebenslanges Lernen“ ökonomistisch reduziert wird auf den individuellen Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit (und damit den Druck auf ArbeitnehmerInnen erhöht) bzw. auf Qualifizierung für nachberuf-

liches bürgerschaftliches Engagement. *Viertens* ist die Forderung nach verstärkter `ehrenamtlicher` Arbeit älterer Menschen kritisch zu reflektieren: Einerseits ist bürgerschaftliches Engagement ein wichtiger Bestandteil für die Entwicklung von nachhaltigen Lebensformen. Daher ist es notwendig, dieses Engagement institutionell abzusichern, zu würdigen und zu fördern. Andererseits setzt dies voraus, dass der Staat seine Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen nicht kostengünstig auf `Ehrenamtliche` abwälzt und dass insgesamt eine andere, geschlechtergerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit angestrebt wird. Denn bereits heute wird das System der sozialen Dienste maßgeblich durch ehrenamtliche Arbeit, die zu ca. 80% Frauen leisten, gestützt (vgl. Notz 1999).

- **Mentalitäts- und Strukturwandel einleiten**

Die existentiellen Teilhabebedürfnisse (z.B. Existenzsicherung, Anerkennung/ sozialer Status, Gestaltungsmacht) wurden und werden in Deutschland bisher in erster Linie über Erwerbsarbeit vermittelt. Diese Identifizierung von Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Teilhabe wird in der Nachhaltigkeitsstrategie leider nicht aufgelöst sondern bestärkt. „Die Erhöhung des Selbstwertes“, „die gesellschaftliche Anerkennung älterer Menschen“, die Möglichkeit „dem eigenen Leben mehr Sinn zugeben“ (KP: 3) – für all dies sieht die Bundesregierung dann Chancen, wenn „jahrzehntelang praktizierte Frühverrentungen“ (KP: 3) entfallen und geeignete Möglichkeiten für ältere Menschen geschaffen werden, sich am Erwerbsleben zu beteiligen (NHS: 256). Die gesellschaftlich notwendigen Versorgungsarbeiten machen sich scheinbar von alleine. Die Ausführungen zur Nutzung der Potenziale älterer Menschen unterstellen indirekt, dass diese scheinbar nichts tuend zu Hause sitzen und zu früh das Sozialsystem belasten. Die forcierte „Aktivierung“ älterer Menschen fügt sich nahtlos ein in die Reihe der neuen `Zumutungen` für Leistungsempfänger. Welche Folgen ergeben sich jedoch aus dieser Fokussierung von Arbeitskraft auf Arbeitsmarkt und `Ehrenamt` für den reproduktiven Bereich? Was wäre, wenn z.B. die Mehrzahl der Großmütter nicht mehr zur Versorgung der Enkelkinder zur Verfügung steht? Gerade weil die Nachhaltigkeitsstrategie bisher darüber schweigt und mit ihrem Ökonomiebegriff weit hinter feministische Forschungsstandards zurückfällt, motiviert sie dazu, die notwendige gesellschaftliche Diskussion über das `Ganze der Arbeit` und ihre Verteilung mit Nachdruck zu führen.

- **Rentenreform – ein Beitrag zu generationen- und geschlechtergerechter Nachhaltigkeit?**

Wie notwendig es (nicht nur) aus Genderperspektive ist, nach den Ursachen des demographischen Wandels zu fragen, statt Privatisierungs- und Wachstumsstrategien zu verordnen, macht die Analyse der Rentenreform deutlich, die die Bundesregierung zum Kern ihrer Nachhaltigkeitsbemühungen für einen neuen Generationenvertrag zählt (NHS: 5; 250f.; 255f.).

Intergenerative Gerechtigkeit (Generationengerechtigkeit) ist in der Tat ein zentraler Bestandteil nachhaltiger Entwicklung. Der Brundtland-Bericht hat ihr jedoch mit der *intragenerativen Gerechtigkeit* einen gleichwertigen Zwilling an die Seite gestellt: Nur zusammen und unter Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht ist Zukunftsfähigkeit erreichbar. Die Bundesregierung knüpft an dieses Verständnis in ihren Ausführungen zu den „Potenzialen älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft“ formal an, indem sie dafür plädiert, „Bedürfnisse der heutigen Generationen mit den Lebenschancen zukünftiger Generationen so zu verknüpfen, dass eine gerechte Teilhabe aller an der Gesellschaft möglich wird“ (KP: 3).

Die Rentenreform wird jedoch weder diesen umfassenden Gerechtigkeitsanforderungen gerecht, noch der notwendigen Differenzierung der Gruppe älterer Menschen samt ihrer Lebenssituationen. Infolge

der vorgesehenen pauschalen Senkung des Rentenniveaus sowohl für BestandsrentnerInnen als auch für zukünftige RentnerInnen – um den Rentenbeitragssatz bei 19,5 Prozent zu halten – droht vielen Menschen wieder Altersarmut, die in den letzten Jahrzehnten mühsam zurückgedrängt worden ist. Von diesem Problem, das die Nachhaltigkeitsstrategie leider nicht anerkennt (NHS: 251), sind vor allem Frauen betroffen: Nach Auskunft der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte bekamen Frauen im Jahr 2002 eine durchschnittliche Rente von 593 Euro (West) bzw. 706 Euro (Ost). Die Durchschnittsrente für Männer lag ca. 500 Euro höher – 1.157 Euro (West), 1.165 Euro (Ost). Obwohl die Zahl von Männern und Frauen, die nicht vollzeitbeschäftigt sind, deutschland- und europaweit zunimmt, hat sich die Bundesregierung bei der Reformierung der sozialen Sicherungssysteme nicht vom überholten Leitbild des Familienernährers verabschiedet: Den Berechnungen zur Rente liegt ein männlicher `Eckrentner´ als Standard zugrunde, der 45 Jahre lang durchgehend gearbeitet hat³. Das lohn- und beitragsbezogene Rentensystem benachteiligt damit nach wie vor all jene, die unbezahlt oder schlecht bezahlt gesellschaftlich notwendige Erziehungs-, Sorge- und Pflegeleistungen erbringen und/oder ihren Lebensunterhalt durch prekäre Beschäftigung sichern müssen. Eine ausreichende eigenständige Rentenversorgung können die meisten Frauen so nur schwer erreichen.

Aber statt die Armutgefahr und die derzeitige Verteilung der Reichtumsproduktion in der Nachhaltigkeitsstrategie zu reflektieren sowie den versorgungswirtschaftlichen Bereich in die Neugestaltung des Generationenvertrags mit einzubeziehen, „wird das Thema Generationengerechtigkeit neu buchstabierte, indem mit der staatlich geförderten ergänzenden Zusatzvorsorge die Eigenverantwortung gestärkt wird“ (NHS: 251). Das Stichwort „Eigenverantwortung“ bemäntelt jedoch nichts anderes als den Einstieg in die Privatisierung der Altersvorsorge. Mit der Aufweichung des Systems der Umlagefinanzierung und dem Einstieg in eine kapitalgedeckte Altersvorsorge⁴ organisiert über die Finanzmärkte findet ein Paradigmenwechsel statt, der folgenschwere Konsequenzen (nicht nur) für die Geschlechterverhältnisse mit sich bringt. Erstens verfügen Frauen über weniger Einkommen als Männer, so dass Rücklagen für die Altersversorgung schwerer zu bilden sind bzw. bestehende Abhängigkeiten vom Partner verstärkt werden. Zweitens wird das Prinzip „Gleiche Einzahlung – gleiche Rente“ durch fehlende geschlechtsneutrale Unisex-Tarife verletzt: Bislang müssen Frauen im Rahmen der staatlich geförderten Riester-Rente höhere Beiträge als Männer zahlen. Drittens wird mit der Anlage des Geldes auf den internationalen Kapitalmärkten eine Entwicklung in Gang gesetzt, die für die Einzelne und den Einzelnen hinsichtlich der sozialen, ökologischen und geschlechtsspezifischen Folgen nicht zu kontrollieren ist. Was bleibt, ist das individualisierte Risiko, durch Kursschwankungen, Pleiten und Börsencrashes Geld für die Versorgung im Alter zu verlieren.

3. Was folgt daraus für die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie?

Nachhaltige Gestaltung des demographischen Wandels bedarf einer Vision für einen geschlechtergerechten Umbau der Arbeitswelt und der Sozialsysteme.

- Anknüpfen ließe sich an Überlegung zu vorhandenen Forderungen wie „Lebensarbeitszeit neu organisieren“ (KP: 6). Allerdings muss dabei *das Ganze der Arbeit* in den Blick genommen und die einseitigen Orientierung lediglich auf Erwerbsarbeit aufgehoben werden: Notwendig ist

³ Um eine Rente auf Sozialhilfeniveau zu beziehen, müssen schon heute 24 Jahre lang durchschnittliche Beiträge eingezahlt werden. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Zeit der durchschnittlichen Beitragszahlung auf ca. 26 bis 30 Jahre ansteigen.

⁴ Für die Abfederung des demographischen Wandels bringt ein Kapitaldeckungssystem im Übrigen keinen Vorteil. Denn auch das Kapitaldeckungsverfahren zielt auf Wirtschaftswachstum und ist darauf angewiesen, dass es genügend kaufkräftige „Aktive“ gibt, die die Versicherungsprodukte kaufen, um ältere Menschen auszusahlen.

ein nachhaltiges Arbeitsverständnis, das Versorgungs-, Erwerbs-, Eigen- und freiwillige Gemeinwesenarbeit umfasst und kooperativ aufeinander bezieht.

- Darüber hinaus bedarf es der Ausgestaltung von Rahmenbedingungen, die eine gerechte *Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern, aber auch zwischen alten und jungen Menschen* ermöglichen. Qualifizierung für freiwilliges Engagement, lebenslanges Lernen, die Anpassung der Arbeitsplätze und -organisationen an verändertes Leistungsvermögen haben in einer Nachhaltigkeitsstrategie dann ihren Platz, wenn sie sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Beteiligten ausrichten, Wahlmöglichkeiten und keine Zwangsverhältnisse schaffen. Zu berücksichtigen ist in so einer Konzeption, dass gerade im Kontext von Sorge und Vorsorge Nachhaltigkeitsprinzipien erlebt und gelernt werden können (vgl. Hofmeister/ Weller 2004).
- Die obige Kritik macht sowohl die *konsequente Umsetzung von Gender Mainstreaming* als auch die *Einbeziehung von feministischer Expertise* bei der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie bzw. speziell des Schwerpunktes „demographischer Wandel“ notwendig. Initiiert werden könnte eine *Perspektivkonferenz*, um bisher wenig rezipierte und/ oder neue Ansätze und Gegenmodelle zum herrschenden Wachstumsmodell zu diskutieren und Fragen der Umverteilung, der Auf- und Neubewertung von Arbeit sowie der Neubestimmung des Verhältnisses von Arbeit und sozialer Sicherung zu thematisieren. Es gibt bereits eine Reihe von Forschung/ Publikationen aus genderpolitischer Sicht zum Thema „Arbeit und Nachhaltigkeit“ – diese Potenziale und Kompetenzen gilt es zu nutzen und zu fördern (z.B. Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften; GendA – Netzwerk feministische Arbeitsforschung).
- Im Rahmen der Fortschrittsberichte wäre in Anlehnung an die Forderungen der Agenda 21, der Weltfrauenkonferenz in Peking sowie der Enquete Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ eine *Analyse der nationalen Produktionskreisläufe* auf den Weg zu bringen. Notwendig ist die Einbeziehung der unbezahlten Versorgungswirtschaft und des Non-Profit-Bereichs, um ihren Beitrag zum Gesamtreichtum unserer Gesellschaft deutlich zu machen.
- Die namentliche Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors führt nicht automatisch zu nachhaltigen Inhalten und Implikationen. Im Bezug auf die Rentenreform und den Einstieg in die Privatisierung der Altersversorgung ist eine *verknüpfende Durchführung eines Sustainable Impact Assessment (SIA) sowie eines Gender Impact Assessment (GIA)* dringend angeraten.

Die Fortschritte bei der Etablierung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie werden sich daran messen lassen, inwieweit die proklamierten Visionen der Strategie und aktuelles politisches Handeln tatsächlich ineinander greifen und miteinander vereinbar sind. In der Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie müssen daher sehr viel stärker die feststellbaren immanenten Widersprüche und Zielkonflikte reflektieren werden. Ein genauer Blick (nicht nur) auf den Schwerpunkt „Demographischen Wandel gestalten“ zeigt, dass die Nachhaltigkeitsstrategie von unterschiedlichen politökonomischen Logiken geprägt ist, die auf verschiedenen Menschenbildern, Natur-, Wirtschafts- und Arbeitsbegriffen beruhen und entsprechend andere politische ‚Maßnahmen‘ nach sich ziehen. Geschlechtergerechte, nachhaltige Politik ist jedoch mit neoliberalen Bausteinen nicht zu gestalten.

4. Wo gibt es Informationen/ Literatur zum Thema:

Biesecker, Adelheid/ Hofmeister, Sabine, 2003: (Re)Produktivität: Der „blinde“ Fleck im Diskurs zu Nachhaltiger Entwicklung, in: Hofmeister, Sabine/ Mölders, Tanja/ Karsten, Maria-Eleonora (Hrsg.): Zwischentöne gestalten: Dialoge zur Verbindung von Geschlechterverhältnissen und Nachhaltigkeit, Bielefeld, S. 38-56

Biesecker, Adelheid, 2002: Bürgerschaftliches Engagement – (k)ein Allheilmittel für Nachhaltigkeit, in: Brand, Karl-Werner: Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme, Chancen – eine kritische Diskussion, Berlin, 131-144

Buchholz-Will, W./ Schratzenstaller, M., 2002: Barrieren für die Erhöhung der Frauenbeschäftigung in der EU, in: WSI Mitteilungen, Jg. 55, 2002, Heft 11, S. 678-684

GendA – Netzwerk feministischer Arbeitsforschung, www.gendanetz.de

Leben ist nicht nur Erwerbsarbeit. Zur Neudefinition und Umverteilung aller vorhandenen Arbeit. Ergebnisse und Resolution des Frauen-Euregio-Projektes, Osnabrück, 2004 (als pdf-Datei herunterladen unter www.bw-verdi.de)

Notz, Gisela, 1999: Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise?, Neu-Ulm

Spitzner, Meike, 1999: Krise der Reproduktionsarbeit – Kerndimension der Herausforderungen eines öko-sozialen Strukturwandels. Ein feministisch - ökologischer Theorieansatz aus dem Handlungsfeld Mobilität, in: Weller, Ines/ Hoffmann, Ines/ Hofmeister, Sabine: Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven - Alte Blockaden, Bielefeld: Kleine Verlag, 1999, S. 151-165

Stellungnahme des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Katholisches Büro in Berlin, zum Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Nachhaltigkeitgesetz), Bundesratsdrucksache 1/04 vom 02.01.04

Kontakt

genanet – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit

LIFE e.V.

Hohenstaufenstr. 8

D-60327 Frankfurt

Fon 069.740757

Fax 069.740842

leitstelle@genanet.de

www.genanet.de

Das Positionspapier „Potenziale älterer Menschen“ wurde von Daniela Gottschlich erstellt.

Email: daniela.gottschlich@epost.de

April 2004